

: Jugendpolitische Bildung – zur (Wieder-)Entdeckung der Gestaltbarkeit von Jugend

PROF. DR. WOLFGANG SCHRÖER



Die Jugend ist wieder da! So könnte man denken, wenn man die politischen Verlautbarungen hört. Von einer „eigenständigen Jugendpolitik“ ist die Rede, von jugendgerechten Kommunen wird gesprochen, der aktuell vorliegende 15. Kinder- und Jugendbericht rückt explizit das Jugendalter in den Mittelpunkt. Auch im europäischen Kontext sowie auf den unterschiedlichen Ebenen der kommunalen und verbandlichen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe wird erneut über „Jugend“, „Jugendarbeit“ und Hilfen für junge Erwachsene gestritten. Und: Sobald wieder über die Jugend gesprochen wird, wird auch erneut darüber gestritten, wie politisch denn die Jugend sei und dass eine neue politische Bildung der Jugend auf der Tagesordnung stehe.

Zunächst einmal kann man sich über diese neue Aufmerksamkeit nur freuen, denn zu lange stand die „Jugend“ im Schatten der Politiken um das (frühe) Kindesalter und im Sog von bildungspolitischen Bestrebungen und Arbeitsmarktreformen, die zwar alle in das Jugendalter hineingewirkt, aber die Jugendpolitik eher verdeckt als gefördert haben. Darum erscheint es genau richtig jetzt zu fragen, welche Konturen das Jugendalter eigentlich heute hat und wie eine Jugendpolitik profiliert werden kann sowie was eine politische Bildung in diesem Kontext leisten kann.

Gleichzeitig sollte man sich hüten, mit altbekannten Fragen auf das Jugendalter zu blicken. Gerne z.B. wird darüber diskutiert, ob die Jugend heute auch eine politische Generation sei. Gerade Jugendforscher_innen und Jugendpolitiker_innen, die sich selbst als Angehörige einer politischen Generation empfunden haben, rücken diese Frage mitunter in den Vordergrund. Dennoch hilft sie in der gegenwärtigen Diskussion kaum weiter. Es wird nur ein historisch gewordenen Generationenlabel auf die gegenwärtige Lebenslage von jungen Menschen übertragen und damit eine Erwartung formuliert, die den politischen Interessen und Anliegen der Jugendlichen und ihrer Lebenslage in der Gegenwart nicht gerecht werden kann, da sie unter anderen jugendpolitischen Bedingungen leben.

Genauso verhält es sich mit der Forderung, dass Jugendliche generell politischer als andere Altersgruppen sein müssten, da sie die gesellschaftliche Zukunft noch vor sich

hätten. Auch dieses Bild geht von einer Wahrnehmung des sozialen Zusammenlebens aus, das kaum die aktuellen generationalen Ordnungen und Machtverhältnisse auch in demografischer Perspektive berücksichtigt.

Gestaltbarkeit von Jugend

Wenn man sich heute mit der politischen Bildung des Jugendalters auseinandersetzen will, erscheint es gleichzeitig aber hilfreich, sich mit den Diskussionen zu beschäftigen, die in den vergangenen vierzig Jahren zur Demokratisierung von Gesellschaft geführt wurden.

Die „Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft“ lautete z.B. der Titel eines Buches, das Adalbert Evers und Helga Nowotny 1987 vorgelegt haben und das – aus meiner Sicht – für die Jugendpolitik weiterhin bedeutsam ist. Denn sie zeigen in diesem Buch, dass politische Beteiligung und Engagement vor allem dann entstehen, wenn die sozialen Zusammenhänge als gestaltbar wahrgenommen werden. Evers und Nowotny bezeichnen es als die eigentliche Leistung der Sozialpolitik, dass „in den Begriffen des ‚weniger von‘ und der geringeren/verweigerten ‚Teilhabe an‘ historisch definierten sozialen und kulturellen Gütern, Werten, Rechten eine Fülle konkreter Dinge in aller Schärfe erst real verhandelbar und sichtbar“ wurden.

Was bedeutet dieses nun für die Jugendpolitik? Letztlich heißt es, dass Jugendliche erfahren können müssten, dass das Jugendalter politisch gestaltet wird und vor allem gestaltbar ist. Die Leistung und Aufgabe der Jugendpolitik wäre es entsprechend, dass sie Jugendlichen transparent macht, wo sie ganz konkret über das „mehr“ oder „weniger“ an sozialer Teilhabe und über die sozialen Bedingungen des Jugendalters verhandeln können. Jugendliche müssen erfahren können, dass ihre Beteiligung nicht nur gefordert wird, sondern Jugend z.B. in den Kommunen, aber auch darüber hinaus gestaltbar ist.

In diesem Sinn soll hier von jugendpolitischer Bildung gesprochen werden. Damit wird darauf verwiesen, dass eine politische Bildung des Jugendalters sich jugendpolitisch öffnen muss. Sicherlich geht es immer auch darum, und dies ist eine zentrale Aufgabe jeder Demokratie, die junge kommende Generation in die demokratischen Verfahren

und Prozesse einzuführen und eine entsprechende Bildung anzubieten. Doch wenn es der politischen Bildung um mehr als Demokratiekunde für Jugendliche geht, hat sie zu reflektieren, wie junge Menschen heute erfahren können, dass das Jugendalter, wie sie es erleben, ganz konkret sozial gestaltbar ist.

Von diesem Punkt kann man noch einmal auf die politischen Entscheidungen blicken, die in den vergangenen Jahren das Jugendalter mit geprägt haben. Dies waren vor allem bildungspolitische Entscheidungen sowie Arbeitsmarktreformen. Zudem hat auch das Aussetzen der Wehrpflicht das Jugendalter mitgeprägt. Wie wird dieses im Jugendalter erfahren, wie wird mit Jugendlichen darüber verhandelt? Öffnen wir den jugendpolitischen Blick noch weiter und fragen, über welche Ressourcen dürfen Jugendliche mitbestimmen und in welchen Kontexten sind Räume geöffnet, um ganz konkret über ein „mehr“ oder „weniger“ verhandeln zu können.

Jugendpolitik ist somit gerade heute, wo sie sich neu profiliert, auf den Prüfstand zu stellen. Es ist zu prüfen, welchen Jugendlichen und welchen Gruppen Räume der Aushandlung geöffnet werden, wie viel Demokratie mit Jugendlichen heute wie gewagt wird. Bereits 1992 hat Axel Honneth einige Prüfkriterien formuliert, wenn eine weitere Demokratisierung angestrebt wird. Auf die Jugendpolitik übertragen, würde es bedeuten:

- ▶ Zunächst – erstens – wäre transparent zu zeigen, wie innerhalb der etablierten Entscheidungsprozesse die politische Teilhabe von Jugendlichen gestärkt werden kann und welche Veränderungen dies für die Rechte von Jugendlichen in den Organisationen – Schule, Ausbildung, Soziale Dienste – bedeuten würde.
- ▶ Zweitens gilt es, die soziokulturellen und motivationalen Ressourcen für eine weitere Demokratisierung und mehr Entscheidungsspielräume von Jugendlichen offenzulegen. Wer will dies eigentlich wirklich und hat welches Interesse daran? Ist dieses in den unterschiedlichen Kontexten erwünscht oder muss es erstritten werden?
- ▶ Drittens wäre ein machttheoretischer Realismus einzuführen, mit dem schließlich eine politische und ökonomische Überprüfung der Konzepte eingefordert werden

kann. Es macht demnach wenig Sinn, überall Partizipation zu fordern, wenn den Jugendlichen nur begrenzte politische und ökonomische Gestaltungsspielräume zugestanden werden sollen.

Ein erster Schritt – Rechte von Jugendlichen deutlicher formulieren

Ein erster Schritt in diese Richtung wäre wohl getan, wenn die Rechte von Jugendlichen transparenter formuliert wären. Heute unterscheiden sich die Rechte von Jugendlichen erheblich voneinander. Die Beteiligungsrechte in der Schule, Ausbildung, Kinder- und Jugendhilfe, im Übergangssystem oder in der Behindertenhilfe sind kaum miteinander vergleichbar und jeweils anders gestaltet.

Eine jugendpolitische Bildung, die Jugendliche dazu einlädt, das Jugendalter als politisch gestaltet wahrzunehmen und ihnen Erfahrungen eröffnen will, sich an der Gestaltung des Jugendalters zu beteiligen, sollte darum zunächst die Rechte und Spielräume von Jugendlichen in unserer Gesellschaft transparent machen. Dies bedeutet aber konkret zu machen, welche Rechte Jugendliche und junge Erwachsenen haben.

Gegenwärtig ist es aber so, dass niemand – auch die Fachvertreter_innen nicht – im Dschungel von Übergangssystem, Bildungsinfrastruktur, Kinder- und Jugendhilfe etc. durchblicken kann, welche Rechte Jugendliche und junge Erwachsene wie verwirklichen können. Wie sollen da die jungen Menschen wissen, worauf sie sich berufen und verlassen können und wo sie mitgestalten können? Darum brauchen wir eine neue Diskussion um die Rechte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Rechte für Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich eigenständig auf die Herausforderungen des Jugendalters zu Beginn des 21. Jahrhunderts in unserer Gesellschaft beziehen.

PROF. DR. WOLFGANG SCHRÖER

ist am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik an der Stiftung Universität Hildesheim tätig.

schroeer@uni-hildesheim.de